



Protokoll der 32. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. November 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Doris Lagnaz, Hanspeter Meyer, Peter Stengle

Traktanden	Laufnummer
0. Dringliche Motion „Auslagerung des Asylwesens in der Stadt Liestal“ von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion ://: <i>Der in eine Interpellation umgewandelte Vorstoss wird vom Stadtrat bis zur nächsten Ratssitzung vom 14.12.2011 schriftlich beantwortet.</i>	2011/191
1. Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 31.08.2011 und 28.09.2011 ://: <i>Die beiden Protokolle werden genehmigt.</i>	-
2. Dringliche Motion der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Velospur bergseits der Rosenstrasse vor der neuen Lichtsignalanlage an der Kreuzung Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergstrasse; Nachtragskredit von CHF 25'000 zur Sondervorlage Nr. 2011/173 ://: <i>Die Motion wird als dringlich erklärt und an den Stadtrat überwiesen.</i>	2011/190
3. Auflösung der Spezialkommission GEB (Geschäfte Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde) ://: <i>Die Spezialkommission GEB wird aufgelöst.</i>	2011/185
4. Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Finanz- und Entwicklungsplan 2012-2016 der Stadt Liestal ://: <i>Vom Finanz- und Entwicklungsplan 2012-2016 wird zustimmend Kenntnis genommen.</i>	2011/178 2011/178a 2011/178b
5. Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) betreffend Mehrjahresplanung Schiessanlage Sichern: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012, Kenntnisnahme Investitionsplanung 2013-2015 ://: <i>Einem Ordnungsantrag wird grossmehrheitlich zugestimmt und das Geschäft auf eine nächste Sitzung verschoben.</i>	2011/174 2011/174a 2011/174b
6. Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit zur Laufenden Rechnung 2011 für Überprüfung und Beurteilung des Zustandes von 4 stadteigenen Überführungen über die H2-Umfahrung Liestal ://: <i>Den Anträgen des Stadtrates und der BPK wird zugestimmt und ein Nachtragskredit von CHF 190'000 zu Lasten der Rechnung 2011 genehmigt.</i> <i>Dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion wird zugestimmt: Das Stadtbauamt wird beim Kanton BL eine detaillierte Kostenabrechnung einfordern und diese anschliessend der BPK vorlegen.</i>	2011/180 2011/180a

- | | | |
|----|---|----------|
| 7. | Quartierplanung Ziegelhof – Beschlussfassung
<i>://: Die Vorlage wird an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2011/189 |
| 8. | Interpellation zum Gegenleistungsmodell für Sozialhilfebeziehende von
Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Erledigt nach Beantwortung durch den Stadtrat.</i> | 2011/186 |
| 9. | Fragestunde
<i>Vom Stadtrat werden 16 Fragen beantwortet.</i> | - |

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheidung der letzten Bürositzung vom 17. November 2011:

- Die Einwohnerratssitzung vom 14. Dezember 2011 wird im Stadtsaal des Rathauses stattfinden.
- Das Protokoll der heutigen Sitzung wird nicht mit dem Versand von nächster Woche für die Ratssitzung vom 14.12.2011 verschickt werden können und dessen Genehmigung auf die Januar-Sitzung traktandiert.
- Ratsmitglieder, welche auf der Homepage der Stadt Liestal von sich ein neues Portrait-Foto einstellen möchten, können sich vorgängig der ER-Sitzung vom 14.12.2011 von 16.00 – 16.45 Uhr bei Frau Marianne Zihler im Erdgeschoss des Rathauses melden.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- ER-Vorlagen Nr. 2011/191 – Nr. 2011/193, neue Vorstösse
- ER-Vorlage Nr. 2011/174b „Schiessanlage Sichtern“; mit geänderten SR-Anträgen
- Planungsbericht „QP Ziegelhof“ vom 12.10.2011; zwecks Austausch gegen Version vom 07.10.2011

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--|
| - Patrick Mägli | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Sabine Sutter | B: Mitte |
| - Michael Bischof | C: Seite SP, Grüne |

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Motion „Auslagerung des Asylwesens in der Stadt Liestal“ von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/191)
- Postulat „Quartierförderung – Erhebung der Bedürfnisse“ von Walter Leimgruber der SP-Fraktion (Nr. 2011/192)
- Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros in Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2011/193)

Traktandenliste

- **Dringliche Motion „Auslagerung des Asylwesens in der Stadt Liestal“** von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/191)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass die dringliche Motion Nr. 2011/191 den Ratsmitgliedern als Tischpapier zur Kenntnis gebracht wurde. Das Ratsbüro hatte an einer kurzfristig einberufenen Sondersitzung vorgängig der heutigen Ratssitzung beschlossen, nach der Prüfung der formellen Rechtmässigkeit des Vorstosses, dem Rat den Antrag zu unterbreiten, dass auf die Vorlage nicht einzutreten ist. Der Antrag des Büros kann mit den gesetzlichen Bestimmungen gemäss § 47 und § 115 des Gemeindegesetzes sowie reglementarischen Bestimmungen gemäss § 42 des ER-Geschäftsreglementes begründet werden. Der neue Vorstoss ist nicht motionswürdig und den Motionären wird die Umwandlung der Motion in eine Interpellation vorgeschlagen.

Jürg Holinger (GL) erklärt als Mitunterzeichner des Vorstosses, dass sich die Motionäre mit der Umwandlung ihres Vorstosses in eine Interpellation einverstanden erklären können.

Es ist schade, dass überhaupt ein Vorstoss nötig ist, um zu Informationen zu gelangen, welche für Direktbetroffene, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Politik insgesamt von grosser Bedeutung sind. Bezüglich der Motionswürdigkeit des Vorstosses habe er auch Erkundigungen bei Herrn Schwörer des Kantons eingeholt und dieser hatte die Argumentation des Ratspräsidenten ebenfalls bestätigt. Ergänzend sei festgehalten, dass im Gemeindegesetz zum Thema „Beizug Dritter“ auch die Auslagerung von Gemeindeaufgaben geregelt ist. Gemäss dieser gesetzlichen Bestimmung kann der Stadtrat theoretisch die ganze Verwaltung auslagern, ohne dass er dafür den Einwohnerrat beiziehen muss. Der wunde Punkt liegt nun darin, dass die Motionäre eine rechtzeitige Information des Stadtrates vermissten, damit sich auch der Einwohnerrat mit dieser Thematik befassen kann.

Die Motionäre können sich mit einer Umwandlung ihres Vorstosses in eine Interpellation einverstanden erklären, um vom Stadtrat Antworten zu den gestellten Fragen erhalten zu können. Gemäss eingereichtem Antrag wünschen die Unterzeichner des Vorstosses aber eine schriftliche Beantwortung der Interpellation bis zur nächsten Ratssitzung gemäss § 46 ER-Geschäftsreglement.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält als Mitunterzeichnerin des Vorstosses fest, dass von ihrem Vorredner bereits das Wichtigste gesagt wurde. Sie habe den Vorstoss als Einzige der CVP/EVP/GLP-Fraktion unterzeichnet, da ihre Fraktion den Vorstoss inhaltlich unterstützt, jedoch mit dem Instrument einer Motion doch Bedenken hatte.

Walter Leimgruber (SP) führt als Mitunterzeichner des Vorstosses aus, er habe den beiden vorgängigen Voten nichts mehr beizufügen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet oder Änderungsanträge beantragt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 09. November 2011 beschlossen und der Vorstoss „Auslagerung des Asylwesens in der Stadt Liestal“ gemäss Vorlage Nr. 2011/191 als Interpellation entgegengenommen.

Mitteilungen des Stadtrates

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass nach der Bereinigung der Traktandenliste sowie der Umwandlung des Vorstosses „Auslagerung des Asylwesens“ (Nr. 2011/191) in von einer Motion in eine Interpellation zwischenzeitlich auch Stadtpräsidentin Regula Gysin eingetroffen ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin berichtet, dass die Berufsschau gemäss Anfrage der Wirtschaftskammer im Jahr 2013 erstmals in Liestal stattfinden wird.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass die Messe Basel im Bau ist. Das historische Baselbieter-Stübli wird im Sommer 2012 im Hotel Engel eingebaut.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf den Vorstoss „Auslagerung des Asylwesens“ (Nr. 2011/191) und orientiert, dass der Einwohnerrat vom Stadtrat sowieso an der heutigen Sitzung über die diesbezüglichen Entscheide informiert worden wäre.

Zuständig für die Organisation und den Betrieb des Wohnheims ist die Verwaltung und liegt in der Verantwortung des Stadtrates. Zuständig für das Asylwesen ist die Sozialhilfebehörde gemäss Asylverordnung. Die Auslagerung Asylwesens ist vom Stadtrat und der Sozialhilfebehörde beschlossen worden. Als Gründe der Auslagerung können aufgeführt werden: Ein Ausgleich bei Schwankungen ist durch die Firma ABS besser möglich, indem diese die Stellenprozenze besser anpassen und beispielsweise auch die Stellvertretungen besser als die Stadt regeln kann. Die ABS kann auch einen 24 Stunden-Pikettdienst anbieten. Das Risiko bei Unterbelegungen bzw. Unterdeckungen und den Personalkosten liegt ebenfalls bei der ABS. Die Asylbewerber für das WAL werden vom Kanton zugewiesen und bei ungünstigen kulturellen Zusammensetzungen kann die Stadt keinen Einfluss nehmen. Die Firma ABS ist hingegen in über 30 Gemeinden tätig, kann besser reagieren und vor allfälligen Eskalationen noch rechtzeitig Massnahmen ergreifen. Die voreilige Pressemitteilung in der Basler Zeitung wird bedauert, zumal innert 24 Stunden nach dem Beschluss des Stadtrates auch Indiskretionen betreffend dem Abstimmungsverhältnis veröffentlicht wurden. Da die Ratssitzungen nicht öffentlich sind, kann man diese Indiskretionen auch als Amtsgeheimnisverletzung betrachten. Der Gesamt-Stadtrat hatte die Auslagerung des Asylwesens beschlossen und es gibt keine Minderheit. An der gestrigen FIKO-Sitzung wurde das Asylwesen im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2012 besprochen. Die Auslagerung ist keine neue Aufgabe und ist auch nicht mit neuen Kosten verbunden. Unter Berücksichtigung der wegfallenden Personalkosten dürften die Gesamtkosten in etwa gleich bleiben, weshalb auch keine Budget-Relevanz gegeben ist. An dieser Stelle sei auch festgehalten, dass mit Asylbewerbern nur dann Geld verdient werden kann, wenn Wohnheime mit rund 100 Plätzen betrieben werden können, was in Liestal mit aktuell 34 belegten Plätzen nicht der Fall ist. Eine Kontingentsübernahme und Aufstockung von anderen Gemeinden wird von der Sozialhilfebehörde und auch dem Stadtrat nicht befürwortet.

299 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 31.08.2011 und 28.09.2011

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert, dass betreffend den Protokollen der letzten beiden Ratssitzungen vom 31. August 2011 und 28. September 2011 keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind. Das Büro beantragt dem Einwohnerrat die Protokoll-Genehmigung.

://: Die Protokolle der Einwohnerratssitzung vom 31. August 2011 und 28. September 2011 werden einstimmig genehmigt.

300 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Dringliche Motion der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Velospur bergseits der Rosenstrasse vor der neuen Lichtsignalanlage an der Kreuzung Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergstrasse; Nachtragskredit von CHF 25'000 zur Sondervorlage Nr. 2011/173 (Nr. 2011/190)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass es für eine sofortige Behandlung von dringlichen Vorstössen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder bedarf. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich nun zur Dringlichkeit des Vorstosses zu äussern.

Matthias Zimmermann (SP) hält als Präsident der Bau- und Planungskommission fest, dass der überparteiliche Vorstoss wohl kaum bestritten sein dürfte. Im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2011/173 wurde festgestellt, dass eine Projektverbesserung möglich ist, indem man auch die im Vorstoss vorgeschlagene Velospur realisieren würde. Der Stadtrat hat aus formellen Gründen die Unterbreitung einer stadträtlichen Vorlage an den Einwohnerrat abgelehnt, und der BPK nahe gelegt, dem Stadtrat mit einem parlamentarischen Vorstoss einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Das Projekt wird bereits umgesetzt und wegen dem engen Zeitablauf ist eine raschmögliche Behandlung im Einwohnerrat und auch Stadtrat nötig, weshalb die BPK auch die Dringlichkeit des Vorstosses beansprucht.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses aus dem Stadtrat und auch aus dem Einwohnerrat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme wird die Dringlichkeit der BPK-Motion erklärt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, dass der Rat nun die Überweisung der BPK-Motion zu beraten und zu beschliessen habe.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass gemäss Konzept bei jedem Projekt auch Massnahmen betreffend dem Langsamverkehr einzubauen sind. Auch beim heute diskutierten Projekt ist der diesbezügliche Dauerauftrag vom Stadtbauamt nicht erfüllt worden, was in der BPK damit begründet wurde, dass das Problem nicht die finanziellen Folgen, sondern das daran denken ist. Die vorgeschlagene Velospur sollte mit den anstehenden Bauarbeiten realisiert und nicht weiter zugewartet werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass auch ihre Fraktion die Motion mehrheitlich unterstütze. Der Nutzen der neuen Velospur ist zwar sehr klein, da diese in keiner Richtung weitergezogen und ausgebaut werden kann.

Lorenz Rudin (FDP) berichtet, die Velospur sei grundsätzlich sinnvoll, zumal diese eine bessere Übersichtlichkeit zu Gunsten der Velofahrer an der Kreuzung ermöglicht. In Anbetracht der hohen Kosten des bisherigen Projektes von CHF 610'000 möchte seine Fraktion den Stadtrat auffordern, die zusätzlichen Kosten von CHF 25'000 nochmals genau zu hinterfragen und allenfalls einen tieferen Nachtragskredit zu präsentieren.

Hanspeter Zumsteg (GL) weist darauf hin, dass das im April 2011 überwiesene Postulat Nr. 2011/152 „Sicheres Velofahren auf Kantonsstrassen“ noch immer unbeantwortet ist. Das Stadtbauamt hat es versäumt, die Interessen der Velofahrer auch bei diesem Strassenprojekt zu berücksichtigen, wie dies mit dem Postulat verlangt wird. Dank den Abklärungen und der Aufforderung der BPK konnte vom Stadtbauamt nachträglich doch noch eine Velospur

gefunden werden. Der Stadtrat ist nun aber nicht bereit, diese zu realisieren, obwohl es seine Pflicht wäre. Von diesem wurde deshalb auch der dafür nötige kleine Nachtragskredit nicht bewilligt, weshalb eine dringliche Motion der BPK nötig wurde. Das Vertrauen in den früher gefällten Beschluss, dass der Veloverkehr bei künftigen Projekten zu berücksichtigen ist, darf nicht gefährdet werden. Seine Fraktion ist einstimmig für die Überweisung des BPK-Vorstosses an den Stadtrat.

Patrick Mägli (SP) bemerkt, auch die SP-Fraktion unterstütze die Überweisung der Motion an den Stadtrat.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, die SVP-Fraktion werde der Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat ebenfalls zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion Nr. 2011/190 der Bau- und Planungskommission an den Stadtrat überwiesen.

301 0.01.011.01 Einwohnerrat

**3. Auflösung der Spezialkommission GEB „Geschäfte Einwohner-
gemeinde und Bürgergemeinde“ (Nr. 2011/185)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf die Vorlage Nr. 2011/185 unbestritten ist.

Der Bericht und Antrag des Ratsbüros bezüglich der Auflösung der GEB-Spezialkommission bedarf keiner weiteren Erklärungen sowie Ergänzungen seinerseits.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat dem Antrag des Ratsbüros zu, weshalb die Spezialkommission GEB gestützt auf § 27 Abs. 4 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes aufgelöst wird.

302 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Finanz- und Entwicklungsplan 2012-2016 der Stadt Liestal (Nr. 2011/178, Nr. 2011/178a, Nr. 2011/178b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert, das Büro habe die Vorgehensweise sowie den Ablauf bezüglich der Behandlung des Finanz- und Entwicklungsplanes wie folgt vorgemerkt:

- a) *Eintreten*
- b) *FIKO-Bericht (Nr. 2011/178b)*
- c) *BPK-Bericht (Nr. 2011/178a)*
- d) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- e) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- f) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- g) *Anträge Stadtrat, FIKO und BPK*
 - Kenntnisnahme Finanzpläne der 4 Rechnungskreise Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung für die Jahre 2012-2016
 - Kenntnisnahme von Stellenplan der Verwaltung

a) Eintreten

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage im Rat fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

b) FIKO-Bericht (Nr. 2011/178b)

Heinz Lurf (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht und hält das Wichtigste kurz fest. Die stadträtliche Vorlage ist dem Rat per Ende Juni versprochen, jedoch erst mitte August zur Kenntnis gebracht worden. Die Verzögerung ist mit dem fehlenden Zahlenmaterial des Kantons zu begründen. Die FIKO kann die stadträtliche Strategie unterstützen. Die Schwerpunktthemen der Kommissionsberatung sind auf den Seiten 2 und 3 des Berichtes aufgeführt. Die im Entwicklungsplan integrierten Grafiken und Vergleichszahlen mit anderen Gemeinden des Kantons sind wertvoll für die Kommissionsberatung. Der Stellenplan wird für die nächsten Jahre keine wesentlichen Änderungen erfahren. Bezüglich den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser ist vom Stadtrat in Aussicht gestellt worden, dass die neuen und überarbeiteten Reglemente demnächst dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Wichtige Punkte bezüglich der Entwicklungs- und Finanzplanung sind unter dem Kapitel „Kurzkomentar und Würdigung durch die Finanzkommission“ auf Seite 3 des FIKO-Berichtes aufgeführt. Die FIKO unterstützt die stadträtlichen Anträge grossmehrheitlich.

c) BPK-Bericht (Nr. 2011/178a)

Matthias Zimmermann (BPK) erklärt, der Entwicklungs- und Finanzplan habe auch dieses Jahr wieder eine Verbesserung erfahren. Nach Vorliegen des Voranschlages 2012 muss festgestellt werden, dass die Finanzplanungszahlen zwischenzeitlich schon wieder Änderungen erfahren haben. Kritisiert wurde in der Kommission vor allem das fehlende Leitbild sowie die ungenügende Berücksichtigung des Langsamverkehrs. Im Hoch- und Tiefbau liegen nun einigermaßen konkrete Pläne betreffend der Werterhaltung vor, doch in beiden Bereichen wurden die Zeitpläne ganz stark gestreckt oder gar reduziert. Diese nicht ganz unproblematische Situation wird von der BPK zur Kenntnis genommen.

d) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Peter Rohrbach äussert sich betreffend der beiden Kommissionsberichte und erklärt anhand von Folien, welche Inputs bei der Erarbeitung des Entwicklungs- und Finanzplanes zu berücksichtigen sind. Der Vergleich mit anderen Gemeinden bezüglich den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und dem Bevölkerungswachstum hat den Stadtrat zur Erkenntnis gebracht, dass wohl schwergewichtig das qualitative Wachstum in Liestal gefördert werden sollte.

e) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Peter Küng (SP) orientiert, seine Fraktion könne die stadträtliche Strategie ebenfalls unterstützen. Bezüglich den geplanten Investitionen ist eine Justierung wohl sinnvoll und nötig. Diesbezüglich sollte auch das neue Setzen der Messlatte betreffend dem Selbstfinanzierungsgrad thematisiert und auch eine Abschreibung der Motion Flury thematisiert werden, zumal sich diverse Parameter in den letzten Jahren verändert haben. Projekte wie die Schulbauten-Sanierungen müssten konkretisiert angegangen und Investitionen getätigt werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) unterstreicht die bereits gemachten Aussagen betreffend der Übersichtlichkeit des vorliegenden Planungsinstrumentes und stadträtlichen Strategie. Die Finanzplanung macht einen stabilen Eindruck, doch sind zu einzelnen Details Fragezeichen zu machen. Gemäss letzter Schätzung wird die Rechnung 2011 wohl nur dank des höheren Finanzausgleichs mit einem guten Resultat abschliessen können. Auch für die kommenden Jahre ist mit einer stetigen Aufwandsteigerung zu rechnen. Die Steuermehreinnahmen dürften und zu optimistisch eingeschätzt worden sein. Die notwendigen Investitionen werden um Jahre hinausgeschoben und somit der Nachholbedarf weiter aufgestockt. Der Voranschlag 2012 zeigt ein markant schlechteres Bild und diese Verschlechterung dürfte sich auch für die nächsten Jahre fortsetzen. Seine Fraktion wünscht, dass in den künftigen Finanz- und Entwicklungsplänen auch die wesentlichen Abweichungen zum letztjährigen Planungsinstrument aufgezeigt würden. Die stadträtlichen Anträge werden unterstützt.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, auch ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Durch übergeordnete Entscheide werden die kommunalen Planungsinstrumente laufend überholt und so ist auch die neue Pflegefinanzierung für Liestal finanziell schmerzhaft. Eine Stabilität bei der Finanzplanung Liestals ist aber feststellbar. Das Konzept betreffend der Schulhaussanierungen wird unterstützt. Sorge bereiten die steigenden Sozialhilfekosten, und man hoffe, dass in weitere Programme investieren wird. Im Zusammenhang mit den Gemeindevergleichen wurde beispielsweise bezüglich dem Strassenmanagement festgestellt, dass weitere Kostensenkungen zu Gunsten der anstehenden Schulhaussanierungen durchaus vertretbar wären. Auch wäre ein Kosten- und Nutzenvergleich der Betriebe betreffend der Wartung und dem Unterhalt von öffentlichen Räumen und Anlagen sinnvoll. Ferner sollte vom Stadtrat der Umfang der internen Verrechnungen überprüft werden, würden doch beispielsweise die Chienbäse-Kosten ohne verwaltungsinterne Kostenverrechnungen wesentlich bescheidener ausfallen. Die stadträtliche Idee für eine Förderung des qualitativen Wachstums von Liestal wird auch von ihrer Fraktion unterstützt.

Paul Pfaff (SVP) würdigt die gute Arbeit im Zusammenhang mit dem Entwicklungs- und Finanzplan. Die Informationen sind ausreichend und ein weiterer Ausbau des Planungsinstrumentes wird von seiner Fraktion nicht als notwendig erachtet. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Michael Bischof (FDP) dankt für die geleisteten soliden Arbeiten sowie guten Darstellungen im Entwicklungs- und Finanzplan. Die Balance der Gemeindefinanzen könnte schon bald ins Wanken geraten, sollte die Strategie gemäss den Rednern der SP-Fraktion und Grünen Fraktion weiter verfolgt werden. An der jetzigen Strategie soll festgehalten werden, bis die gesteckten Ziele der Motion Flury erreicht sind. Er kann der Aussage seines Vorredners beipflichten und glaubt ebenfalls, dass der Stadtrat und die Verwaltung vermutlich einen zu grossen Aufwand im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung betreiben, weshalb dieses Planungsinstrument auch nicht jedes Jahr neu erfunden und auch stetig ausgebaut werden sollte. Diese Meinung steht etwas schräg dem Wunsch seiner Fraktion gegenüber, dass man analog einem Businessplan auch eine Szenarienplanung aufzeigen würde. Der Schuldenabbau wird länger und mehr schwieriger und auch die Steuereinnahmen sind seines Erachtens nach sehr optimistisch prognostiziert. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) hält bezüglich dem qualitativen Wachstum fest, dass sich das Wachstum hoffentlich nicht nur auf die Aufwandseite auswirken wird. Mit der Abgabe von Land im Baurecht wäre beispielsweise auch eine finanzielle Entlastung möglich.

f) Einzelredner: Stellungnahmen

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, ihr machen die Rückstände und Verzögerungen im Zusammenhang mit den Schulhaussanierungen doch Sorge, dürften die Kosten doch immer weiter anwachsen.

Thomas Eugster (FDP) meint als BPK-Mitglied, dass die Schulhaussanierungen doch in vernünftige Bahnen gelenkt wurden. Es macht Sinn, dass Bedarfsentwicklungen geprüft, die Folgen von HarmoS geklärt und beispielsweise auch mögliche Energiesparmassnahmen geprüft werden, bevor man mit die Sanierungsarbeiten überhaupt in Angriff nimmt. Mit dem aufgezeigten Sanierungsbedarf bei den Strassen ist nun hoffentlich das letzte versteckte Schuldenloch aufgedeckt worden.

Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass die stetig anwachsenden Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich ernst genommen werden sollten. Die Gemeinden sind vom Bund und Kanton abhängig, weshalb die Ursachen der höheren Ausgaben vielleicht auch einmal genauer analysiert und gegebenenfalls rechtzeitig gehandelt werden sollte. Liestal wird zunehmends zu einer „Nehmer-Gemeinde“ und wird nicht mehr von einzelnen Steuererträgen abhängig sein, was doch eine vermehrte Stabilität für die Zukunft verspricht.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die positiven Rückmeldungen der Fraktions- und Einzelsprecher. Die Aussage seines Vorredners kann er unterstützen, denn bezüglich der Finanzausgleichszahlungen an die Stadt sowie Steuereinnahmen kann doch eine relativ robuste und stabile Entwicklung bei der Gesamtsumme dieser beiden Einnahmen prognostiziert werden. Vom Kanton werden schon noch Massnahmen betreffend der Pflegefinanzierungs-Rechnungsstellungen erwartet, sind doch beispielsweise die Ergänzungsleistungen noch nicht erwartungsgemäss zurückgegangen. Auch bezüglich der Sozialhilfebezügerkosten kann im Zusammenhang mit der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes mit einer gewissen Entlastung der Gemeindefinanzen gerechnet werden. Leider werden aber die effektiven Aufwendungen bei diesem Konstrukt nicht berücksichtigt. Weitere Inputs und Verbesserungsvorschläge betreffend der Gestaltung sowie dem Umfang des Finanz- und Entwicklungsplanes usw. werden vom Stadtrat aufgenommen und bei der nächsten Planung geprüft.

g) Anträge Stadtrat, FIKO und BPK

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) erklärt, dass die FIKO und auch die BPK die Genehmigung der stadträtlichen Anträge beantragen. Es wurden keine Zusatzanträge gestellt, weshalb über die Anträge des Stadtrates, der FIKO sowie BPK gemeinsam abgestimmt werden kann.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO und BPK zu: Der Einwohnerrat nimmt die Finanzpläne der 4 Rechnungskreise Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung für die Jahre 2012-2016 zur Kenntnis.

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO und BPK zu und nimmt den Stellenplan der Verwaltung zur Kenntnis.

303 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) betreffend Mehrjahresplanung Schiessanlage Sichtern: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012 und Kenntnisnahme Investitionsplanung 2013-2015 (Nr. 2011/174, Nr. 2011/174a, Nr. 2011/174b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass vorgängig der heutigen Ratssitzung die Vorlage Nr. 2011/174b mit den neuen stadträtlichen Anträgen verteilt wurde.

Heinz Lerf (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2011/174a. Bei der Berichterstattung durch die FIKO waren die neuen stadträtlichen Anträge bzw. die Zusagen betreffend den Subventionsbeiträgen noch nicht bekannt. Vor Ort konnte sich die FIKO ein Bild über die nötigen Sanierungsmassnahmen machen. Die Kugelfangsanierungen sollten spätestens im Jahre 2012 realisiert werden, damit sich Bund und Kanton an den Investitionen auch finanziell beteiligen. Festgestellt wurde auch, dass im Zusammenhang mit der Schiessanlage verschiedene komplexe Vertragswerke mit zahlreichen Vertragspartnern und besonderen Eigentumsverhältnissen vorliegen. Es macht Sinn, dass vom Stadtrat das Vertragswerk neu geregelt wird. Die FIKO ist zum Entschluss gekommen, dass sich die Stadt nur an den Kugelfangsanierungen für die stadteigenen Scheiben finanziell beteiligen soll, weshalb von der FIKO auch ein Gegenantrag gestellt wird.

Stadträtin Marion Schaefroth nimmt Bezug auf die Kurzvorlage Nr. 2011/174b und gibt zu den neuen Anträgen des Stadtrates ergänzende Erklärungen ab. Der Stadtrat zieht seine ursprünglichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/174 vom 14.06.2011 zurück. Und deshalb sollte auch die FIKO ihre Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/174b zurückziehen, damit an der heutigen Sitzung nur über die modifizierten stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/174b beraten und entschieden werden kann. Die neue stadträtliche Vorlage entspricht inhaltlich den FIKO-Anträgen. Das heisst, dass der beantragte Bruttokredit von CHF 264'000 nur für die stadteigenen Scheiben verwendet würde. Zwischenzeitlich ist die Beitragszusicherung von *armasuisse* bzw. dem Bund eingetroffen, welche einen Subventionsbeitrag von CHF 90'000 an die Scheiben 1- 20 zusichert, da diese Scheiben auch von der Armee benutzt werden. Dieser grosszügige Beitrag ist ausreichend und kann bzw. darf auch für die Sanierung weiterer Scheiben verwendet werden. Die Schützengesellschaft Liestal hat zwischenzeitlich an ihrer Generalversammlung beschlossen, dass finanzielle Beiträge für die Sanierung von maximal 36 Scheiben geleistet werden. Vom Betriebsleiter der Schiessanlage ist wegen verschiedener neuer Erkenntnisse zudem eine neue Offerte eingeholt worden, welche günstiger als das erste Angebot ist. Der Stadtrat beantragt neu einen Brutto-Kredit von CHF 264'000, welcher etwas höher als der erste Antrag mit einem Kreditbegehren von CHF 230'000 ist. An den Kosten beteiligen sich die Stadt Liestal mit CHF 67'000, Frenkendorf mit CHF 23'000, der Bund mit CHF 90'000 und die Schützengesellschaft Liestal mit CHF 84'000. Die Schiessanlage in Liestal ist beliebt in den Schützenkreisen, auf welcher auch schon nationale Wettkämpfe ausgetragen wurden. Die Gesetzgebung verpflichtet zu den Kugelfangsanierungen. Der Stadtrat hat sich eine mittel- oder langfristige Auslagerung der Schiessanlage zum Ziel gesetzt. Ein diesbezüglicher Versuch vor zwei Jahren ist gestorben, da keine Trägerschaft gefunden werden konnte. Hinsichtlich der weiteren Investitionen für die Jahre 2013-2015 kann darüber informiert werden, dass sich die Kosten für den Scheibenersatz von CHF 330'000 voraussichtlich zur Hälfte reduzieren werden, da ein Blitz-Schadenfall von der Gebäudeversicherung übernommen wurde. Das Vertragswerk ist tatsächlich komplex und vermutlich hat niemand mehr eine Übersicht darüber. Sie hat bereits diesbezügliche Verbesserungsmassnahmen mit dem Rechtskonsulenten der Stadt geprüft und Massnahmen in die Wege geleitet. Beim ersten Stadtratsantrag gemäss Vorlage Nr. 2011/174b geht es um einen Brutto-Investitionskredit für 10 Scheiben der 300m-Anlage und 20 Scheiben der 50m-Anlage, welche im Eigentum der Stadt sind.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass der Stadtrat somit faktisch seinen ersten Antrag zurückgezogen und einen neuen Antrag eingereicht hat. Es stellt sich die Frage, ob die FIKO ihre Anträge nun ebenfalls zurückziehen wird, damit nur noch über die neuen stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/174b beraten und abgestimmt werden muss.

Heinz Lerf (FDP) meint, er könne nicht namens der FIKO reden. Persönlich sei er aber auch der Meinung, dass den neuen Stadtratsanträgen gefolgt werden könnte. Erfreulich ist, dass die Nettoinvestitionen von TCHF 130 auf TCHF 90 und nun schlussendlich auf TCHF 70 gesunken sind. Hinzu kommt, dass alle beteiligten Parteien in der neuen Vorlage des Stadtrates aufgeführt sind.

Peter Küng (SP) erklärt, dass die stadträtliche Vorlage in seiner Fraktion Anlass zu grösseren Diskussionen gegeben hatte und nicht alle Fraktionsmitglieder dem Kreditbegehren zustimmen werden. Froh sei er über die heutigen Ausführungen von Stadträtin Marion Schafroth, wurden doch einige Fragen bereits beantwortet. Er selber könne dem neuen Antrag zustimmen, da er davon ausgehe, dass die neuen Kreditanträge des Stadtrates auch nur für die stadteigenen Scheiben gemäss FIKO-Antrag verwendet würden. Wichtig ist seiner Fraktion, dass die Stadt nur diejenigen Scheiben unterhält, welche ihr auch gehören. Unschön und unverständlich ist, dass der Bund ein Gesetz bezüglich der Kugelfangsanierungen erlässt, dieser selbst aber die bundeseigenen Scheiben bzw. Kugelfänge auf der Sichtern nicht sanieren wird. Es macht wohl Sinn, dass der FIKO-Antrag mit den neuen Zahlen des Stadtrates ergänzt und darüber abgestimmt würde.

Paul Pfaff (SVP) orientiert, dass seine Fraktion anfänglich eigentlich dem FIKO-Antrag zustimmen wollte und die heute präsentierten neuen stadträtlichen Anträge doch für eine Überraschung sorgen. Die SVP-Fraktion wird den neuen Anträgen des Stadtrates zustimmen. Die Sichtern ist sicher eine gute Schiessanlage, doch möchte man dem Stadtrat mitgeben, dass man aus diesem Geschäft langsam aber sicher aussteigen sollte. Was passiert beispielsweise nach einem Wegfall der Obligatorischen-Pflicht, einem möglichen Einziehen der Armee- waffen usw.? Seine Fraktion wird künftigen Investitionsbegehren nicht mehr durchwegs zustimmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, der Betrieb der Schiessanlage Sichtern wird im Umfeld seiner Fraktion nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Er finde es merkwürdig, dass ursprünglich TCHF 230 für 45 Scheiben und gemäss neuen Stadtratsvorlage schlussendlich ein höherer Investitionskredit von TCHF 264 für nur noch gerade total 30 stadteigenen Scheiben beantragt wird. Das heisst, dass die Bruttoinvestitionen pro zu sanierende Scheibe um rund 50 Prozent angestiegen sind.

Jürg Holinger (GL) weist darauf hin, dass sich seine Fraktion dem neuen stadträtlichen Antrag anschliessen kann, jedoch wird darin der Passus vermisst, dass mit den Krediten nur die stadteigenen Scheiben saniert werden sollen, wie dies von der FIKO vorgeschlagen wurde. Ein entsprechender Nachsatz bei den Anträgen gemäss Vorschlag der FIKO müsste gemacht werden. Bei der Beratung der Vorlage sind die durchwegs komplizierten Vertragsverhältnisse aufgefallen. Seine Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag: *Wir bitten den Stadtrat vor der Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung die Fragen einer möglichen Auslagerung analog dem Gitterli-Bad sowie die Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung der Verträge mit den übrigen Partnern zu prüfen.*

Daniel Spinnler (FDP) meint, auch er sei verunsichert, wie viele Scheiben nun für den Bruttokredit von CHF 264'000 saniert werden sollen. Die Sanierung sämtlicher Scheiben wäre sicher sinnvoll, zumal die Nettoinvestitionen auch tiefer als im ursprünglichen Antrag sind. Auch die rechtlichen Abklärungen betreffend dem umfangreichen Vertragswerk wären nötig.

Michael Bischof (FDP) kann den Antrag der Grünen Fraktion im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft nicht unterstützen. Die Einreichung eines neuen Vorstosses mit entsprechendem Begehren und Antrag wäre sicher sinnvoller.

Matthias Zimmermann (SP) legt dar, dass die Schiessanlage massiv überdimensioniert ist. Die vom Stadtrat erwähnten Gründe für eine Sanierung leuchten nicht durchwegs ein. Nach der Bereinigung des Vertragswerkes könnten anschliessend auch die Bedürfnisse an die Schiessanlage geklärt und gegebenenfalls Massnahmen in die Wege geleitet werden. Auch sollten die Benützer der Anlage für die Sichertern-Dienstleistungen bezahlen. Die Schiessanlage kann hoffentlich verkleinert, gegebenenfalls privatisiert oder der Schiessbetrieb auf der Sichertern eingestellt und/der ausgelagert werden. Insbesondere die Lärmimmissionen in der Erholungslandschaft des Sicherterngebietes sind für viele unerträglich. Das in der stadträtlichen Vorlage erwähnte Teilprojekt Scheibenerneuerung komme für ihn nicht mehr in Frage. Eine Altlastensanierung könnte er zu Gunsten der Umwelt noch unterstützen. Das Geld sollte besser für die Schulhaussanierungen usw. verwendet und nicht in einer Anlage investiert werden, welche man vielleicht schon bald nicht mehr braucht.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und attestiert diesem eine etwas einsichtige Ansicht und Betrachtungsweise. Es gibt auch Leute, die die regionale Schiessanlage Sichertern gut finden. Mit einer vermehrten Zentralisierung der Schiessbetriebe würden doch beispielsweise Erholungsgebiete in anderen Gemeinden und Gebieten geschaffen. Die Schützenvereine leisten schliesslich auch sehr gute Arbeit in der Jugendförderung und –arbeit.

Stadträtin Marion Schafroth meint, betreffend der Notwendigkeit an Schiessanlagen dürften die Meinungen und Argumente sehr unterschiedlich sein. Mit einem gezielten Vorstoss in dieser Richtung könnte man auch im Einwohnerrat diesbezügliche Diskussionen führen. Betreffend dem Wegfall des Obligatorischen sei erwähnt, dass der Leistungsauftrag mit den Betreibern der Schiessanlage Sichertern nur so lange Gültigkeit hat, so lange das Obligatorische auch geschossen werden muss. Mit der ersten Stadtratsvorlage wollte man aufzeigen, welche künftigen Investitionen noch anstehen, welche dem Einwohnerrat zur gegebenen Zeit noch mit Sondervorlagen zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden. Natürlich ist es auf den ersten Blick etwas komisch, dass für weniger Geld mehr Scheiben saniert werden können. Diesbezüglich könnte der Betriebsleiter der Schiessanlage beispielsweise in der FIKO auch genauere Angaben machen. Es wurden auch neue und günstigere Modelle an künstlichen Kugelfängen entwickelt. Den Vorschlag von Ratsmitglied Jürg Holinger bezüglich einer Ergänzung des stadträtlichen ersten Antrages, dass die finanziellen Mittel nur für die stadteigenen Scheiben verwendet werden, kann sie unterstützen. Den Zusatzantrag der Grünen Fraktion, dass vom Stadtrat weitere Abklärungen vor Beginn der Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung zu treffen sind, könne sie hingegen nicht unterstützen, da der Stadtrat kurzfristig keine neue Trägerschaft für den Betrieb der Schiessanlage Sichertern finden wird. Der neue Leistungsauftrag muss innert den nächsten 1- 2 Jahren neu verhandelt und die beantragten Vorabklärungen sowie Massnahmen können vorgängig nicht erledigt werden. Dieser Antrag sollte deshalb zurückgezogen und ein entsprechender Vorstoss zur rechten Zeit in 1 – 2 Jahren eingereicht werden.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, die Preis- und Kostenunterschiede können wohl kaum alleine mit den neuen günstigeren Kugelfangmodellen begründet werden. Und es wird wohl kaum sein, dass sich die Bruttoinvestitionen für die stadteigenen 30 Scheiben auf CHF 264'000 belaufen. Verschiedene Aussagen des Stadtrates sind widersprüchlich.

Stadträtin Marion Schafroth gesteht zu, dass sie bei ihren ersten Ausführungen die Zahlen verwechselt habe. Richtig ist, dass für den Bruttobetrag von CHF 264'000 sämtliche 102 Scheiben bzw. Kugelfänge der Schiessanlage Sichern saniert werden sollen. Sie schlägt vor, dass der Rat den stadträtlichen Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2011/174b zustimmt. Dem Stadtrat kann vertraut werden, dass die Nettoinvestitionen von CHF 70'000 nur für die stadteigenen Scheiben beansprucht werden.

Pascal Porchet (FDP) meint, dass Geschäft sollte auf die Dezember-Sitzung vertagt werden sollte, denn ihm selbst sei nicht mehr klar, welcher Kreditbetrag für wieviele und welche Scheiben verwendet wird. Er stelle den Antrag, dass das Geschäft auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Walter Leimgruber (SP) unterstützt den Antrag seines Vorredners, und meint, dass die FIKO das Geschäft nochmals beraten sollte.

Paul Pfaff (SVP) erklärt, auch seine Fraktion spreche sich für eine Rückweisung des Geschäfts aus. Es muss klar ausgewiesen werden, welche Brutto- und Nettokosten für die Sanierung der stadteigenen Scheiben anfallen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass bei einer Gutheissung des Ordnungsantrages von Pascal Porchet (FDP) sämtliche Abstimmungen über die vorliegenden Anträge ausgestellt würden. Eine nochmalige FIKO-Beratung dürfte aber wohl kaum möglich sein, da die Unterlagen für die Dezember-Sitzung bereits nächste Woche verschickt werden.

Michael Bischof (FDP) glaubt, man mache nun wirklich aus einer Mücke einen Elefant. Das Geschäft wurde genügend lang in der FIKO diskutiert und deshalb sollte der Rat heute über die stadträtlichen Anträge abstimmen und dem Stadtrat auch das Vertrauen geschenkt werden, dass die Kredite nur für die stadteigenen Scheiben verwendet würden.

Stadträtin Marion Schafroth findet es ebenfalls unschön, wie das Geschäft verlaufen ist. Die Vorlage ist im Juni verabschiedet worden, dies im Bewusstsein, dass die Subventionen von Bund und Kanton wegfallen würden, sollte der Kredit nicht noch im laufenden Jahr bewilligt werden bzw. die Sanierung der Kugelfänge nicht vor Beginn der Schiesssaison 2012 abgeschlossen sein. Dies dürfte bei einer Vertagung des Geschäfts nicht mehr möglich sein.

Walter Leimgruber (SP) meint, dass gemäss § 75 ER-Reglement gleich über einen unterbreiteten Ordnungsantrag abgestimmt werden muss, bevor das Geschäft weiter behandelt wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stimmt den Ausführungen von Walter Leimgruber (SP) zu und lässt über den Ordnungsantrag von Pascal Porchet der FDP-Fraktion abstimmen.

://: Mit 22 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt und das Geschäft auf eine nächste Sitzung verschoben.

304 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Nachtragskredit zur Laufenden Rechnung 2011 für die Überprüfung und Beurteilung des Zustandes von 4 stadteigenen Überführungen über die H2-Umfahrung Liestal (Nr. 2011/180, Nr. 2011/180a)

Matthias Zimmermann (SP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/180a zum Geschäft kurz vor: Die Beratung der stadträtlichen Vorlage war in der Kommission nicht einfach, denn dabei ging es nicht um ein neues Bauwerk, die Planung ist unerfreulich und es geht schwergewichtig nur um teure Untersuchungen, an welchen sich die Stadt Liestal als Eigentümerin finanziell zu beteiligen hat. Kritisiert wurde in der BPK insbesondere, dass der stadträtliche Nachtragskredit von CHF 190'000 dem Rat beantragt wird, obschon 4/5 des beantragten Kredites bereits beansprucht wurden. Zumindest eine frühere Information des Rates bzw. der BPK wäre zu erwarten gewesen und hätte die Situation bei der Beratung der Vorlage sicher entspannt. Die BPK beantragt dem Rat, dem stadträtlichen Antrag der Sachzwangvorlage zuzustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass das Stadtbauamt Ende April dieses Jahres tatsächlich auf dem falschen Fuss erwischt wurde, weil die Informationen des Kantons der BPK im ersten Halbjahr nicht weiter gegeben wurden. Vom Kanton sind im Zusammenhang mit der H2-Umfahrung Abklärungen zu treffen sowie Grundlagen beschaffen, wovon auch die vier stadteigenen Brücken betroffen sind. Spätestens seit der Sanierung der Kasinobrücke vor zwei Jahren weiss man, dass die Brücken in einem schlechten Zustand sind. Die Zweifel der BPK bezüglich der Höhe des beantragten Kredites habe er verstanden, doch haben die von ihm gemachten Abklärungen ergeben, dass die Kredithöhe angesichts der sehr aufwändigen Abklärungen durchaus gerechtfertigt ist. Er hoffe, dass er im Januar 2012 den Rat auch über den Stand der Dinge bezüglich dem H2-Zentrumsanschluss und die Sanierungsarbeiten bei den stadteigenen Überführungen informieren kann.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass ihre Fraktion bei der Beratung des Geschäfts gespalten war, da der Ablauf nicht korrekt war und eine frühere Information des Einwohnerrates sicher möglich gewesen wäre. Im BPK-Bericht wird aufgeführt, weshalb es zu diesem Schnellschuss kam, doch auch der Kanton müsste sich an gewisse Regeln halten. Nicht alle ihrer Fraktion werden den BPK-Antrag unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, dass das Wichtigste bereits gesagt wurde und seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der BPK betreffend dem Nachtragskredit zustimmen wird.

Thomas Eugster (FDP) äussert, auch in seiner Fraktion sei der stadträtliche Nachtragskredit doch etwas als dicke Post angekommen. Einerseits wegen der Kredithöhe an und für sich, andererseits auch deswegen, wie und wann das Geschäft vom Stadtbauamt in den Rat gebracht wurde. Bereits Ende Februar war bekannt, dass die Zustandsüberprüfungen der vier Brücken nötig sind und die Stadt für die Kosten aufzukommen habe. Die Aufträge wurden erteilt, bevor der Einwohnerrat oder die BPK überhaupt informiert wurden. Die Kosten sind doch recht hoch, weshalb von seiner Fraktion folgender Antrag gestellt wird: *Die Stadt Liestal fordert, dass das Stadtbauamt vom Kanton BL eine detaillierte Kostenabrechnung der ausgeführten Arbeiten einfordert und anschliessend der BPK vorlegt.* Die FDP-Fraktion anerkennt, dass die Abklärungen notwendig sind und auch die Dringlichkeit wird verstanden. Es ist ein zentrales Anliegen der FDP-Fraktion, dass das Bauprojekt der H2-Umfahrung mit den geplanten Vollanschlüssen möglichst bald realisiert wird. Das Ziel kann nur gemeinsam mit dem Kanton erreicht werden und dieser soll die Stadt Liestal auch als verlässlichen Partner betrachten können. Seine Fraktion wird dem Nachtragskredit grossmehrheitlich zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

- ://: Mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung stimmt der Einwohnerrat den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK zu und genehmigt einen Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 620.318.03, von CHF 190'000 für die Überprüfung und Beurteilung des Zustandes der 4 stadteigenen Überführungen über die H2-Umfahrung in Liestal.
- ://: Dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt: Das Stadtbauamt soll beim Kanton Basel-Landschaft eine detaillierte Kostenabrechnung der ausgeführten Arbeiten einfordern und diese anschliessend der BPK vorlegen.

305 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Quartierplanung Ziegelhof (Nr. 2011/189)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) nimmt Bezug auf die stadträtliche Vorlage und hofft, dass die Ratsmitglieder der stadträtlichen Einladung zur Informationsveranstaltung vorgängig der heutigen Ratssitzung zahlreich gefolgt sind. Die Quartierplanunterlagen sowie das Modell können noch bis am 2. Dezember 2011 im Rathaus besichtigt werden.

Er kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

Das Ratsbüro schlägt dem Einwohnerrat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung vor.

Michael Bischof (FDP) dankt dem Stadtrat für die Quartierplan-Vorlage, welche auf gut ausgearbeiteten Grundlagen basiert. Der ganze bisherige Prozess wurde ausgeprägt geführt, unter Mitwirkung der KMU Liestal, der Bevölkerung und kantonalen Gremien. Es handelt sich um ein recht wichtiges Projekt für Liestal, welches von seiner Fraktion unterstützt wird. Die Quartierplan-Genehmigung durch den Einwohnerrat dürfte wohl kein grösseres Problem sein. Hingegen könnten die hängigen Einsprachen gefährlich werden, indem beispielsweise mögliche zeitliche Verzögerungen dazu führen könnten, dass Projektbeteiligte noch abspringen. Gemäss seinem Wissensstand handelt es sich bei den Einsprechern vor allem um Leute aus dem Gebiet der Lindenstrasse und deren Partikularinteressen sind teilweise durchaus nachvollziehbar. Bei der BPK-Beratung sollte deshalb ernsthaft diskutiert und genau geprüft werden, ob das im Jahr 1930 erstellte Gebäude an der Meyer-Wiggli-Strasse Nr. 1 tatsächlich erhalten bleiben soll oder nicht. Dieses Gebäude ist der Schlüssel zum ganzen Projekt und diesbezüglich wurde ein Studienbericht von Sachverständigen erstellt, welche auf Industriegebäude dieser Zeitepoche spezialisiert sind. Diese hatten sich für eine Erhaltung des betreffenden Gebäudes ausgesprochen, obwohl dieses nicht unter Denkmalschutz steht. Von der BPK sollte deshalb das Szenario mit und ohne dieses Gebäude gemacht werden. Schon mehrmals hatte er sich als KMU-Vertreter gegen den Erhalt dieses Gebäudes ausgesprochen, was aber bisher abschlägig oder gar nicht beantwortet wurde. Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich diese Überlegungen und spricht sich auch einstimmig für die Überweisung der Vorlage an die BPK aus.

Beat Gränicher (SVP) betont, dass er wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit des Fraktionssprechers nun als Fraktionspräsident kurz zur Vorlage Stellung nehmen wird, obwohl er als Coop-Mitarbeiter natürlich auch persönlich daran interessiert ist, dass es betreffend der Ziegelhof-Überbauung vorwärts geht. Die Informationsveranstaltung vorgängig der heutigen Sitzung im Rathaus habe er sehr interessant und gut gefunden. Schade ist nur, dass wegen der Zeitknappheit nicht mehr Zeit für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stand. Seine Fraktion wird einstimmig der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Elisabeth Spiess (GL) äussert, auch ihre Fraktion spreche sich für eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK aus. Als direktbetroffene Anwohnerin danke sie für das Votum und die Überlegungen von Ratsmitglied Michael Bischof, denn das gewachsene Ortsbild wird bei einem Erhalt des erwähnten grossen Gebäudes nach oben verschoben. Sollte der Rat der vorliegenden Quartierplanung zustimmen, so wäre mit weiteren Einsprachen zu rechnen, da sich weitere Eigentümer und Anwohner dagegen wehren werden, dass neue Fassaden vor bestehenden Gebäuden erstellt werden, welche ihnen beispielsweise das Tageslicht wegnehmen. Muss denn der Ortsbildschutz bei grösseren Bauprojekten immer aufgehoben werden? An der heutigen Orientierungsveranstaltung wurde unter anderem auch das formulierte Ziel erwähnt, dass der Charakter und das Ortsbild von Liestal gestärkt werden sollen. Dieses Ziel scheint ihr angesichts der vorliegenden Plangrundlagen fraglich und kaum erreichbar zu sein.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er die Äusserungen der Fraktionssprecher aufnehme. Er möchte aber davor warnen, dass der Einwohnerrat neu die Expertenrollen übernimmt. Das vorliegende Projekt ist zusammen mit einer bekannten Architektin, welche städtebaulich europaweit bekannt ist, in zwölf Projektschritten erstellt worden. Betreffend den negativen Äusserungen bezüglich der hohen Bauten usw. empfehle er, die Ausstellung im Rathaus zu besuchen und sich ein Bild anhand der ausgestellten Modelle usw. zu machen. Es wurden bereits mehrere Mitwirkungsverfahren durchgeführt, das Projekt entgegenkommenderweise immer wieder redimensioniert, grössere Baukörper und Baulinien verschoben usw. Dies auch mit dem Entgegenkommen und Einverständnis von Coop. Das Androhen weiterer Einsprachen verstehe er deshalb nicht ganz. Der Erhalt des Gebäudes aus dem Jahre 1930 steht im Kontext mit den Neubauten und wäre für die gewünschte Mischnutzung geradezu ideal. Er selbst stehe nicht nur euphorisch dem Projekt gegenüber und zolle denjenigen Leuten auch Respekt, welche sich im Rahmen der verschiedenen Mitwirkungsverfahren eingebracht und gewehrt hatten. Die diesbezüglichen Eingaben wurden auch qualitativ bewertet und ernst genommen. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass die Überbauung in der Bauzone liegt und die Absichten für ein verdichtetes Bauen mit dem Quartierplan-Verfahren möglich sind, was schlussendlich auch einen wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und betont, dass er mit seinen vorgängig gemachten Aussagen keinesfalls das Bauvorhaben verzögern oder gar verhindern wolle. Er kann die von Stadtrat Ruedi Riesen gemachte Aussage ebenfalls unterstützen, dass alles Neue besser sein wird, als es jetzt ist. An seiner Empfehlung an die BPK betreffend dem Szenarien-Denken halte er aber fest, denn sollten mit den Einsprechern gemeinsame Lösungen gefunden werden, dürfte dies der beste und rascheste Weg zur Zielerreichung sein.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage „Quartierplanung Ziegelhof“ wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) weist auf § 78 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes hin, wonach Quartierpläne einer zweifachen Beratung bedürfen.

306 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Interpellation zum Gegenleistungsmodell für Sozialhilfebeziehende von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/186)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Peter Furrer
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Interpellation zum Gegenleistungsmodell für Sozialhilfebeziehende

Gemäss den Ausführungen des Stadtrats im Finanz- und Entwicklungsplan 2012 – 2016 sind die Kosten für die Sozialhilfe auch für das laufende Jahr massiv gestiegen. Diese Kosten müssen wir – soweit möglich – einschränken oder kompensieren. Im Frühjahr erwähnte der Stadtrat in seiner Antwort zur Interpellation „Zuerst zur Arbeit – dann die Unterstützung“ von Gerhard Schafroth, dass dieses Modell „Winterthur“ für Sozialhilfebeziehende für Liestal nicht möglich, jedoch ein Gegenleistungsmodell für Sozialhilfebeziehende in Abklärung sei. Im September 2011 wurde in der Presse ein Littering-Projekt beschrieben, welches bereits in mehreren Baselbieter Gemeinden eingesetzt wird.

Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Hat der Stadtrat Kenntnis von diesem Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfebeziehende?*
- 2. Wie beurteilt der Stadtrat die Anwendbarkeit dieses Programms für Liestal?*
- 3. Wie beurteilt der Stadtrat den Nutzen eines solchen Programms für Liestal?*
- 4. Wann werden in Liestal weitere Einsatzmöglichkeiten für Sozialhilfebeziehende geschaffen?*

Liestal, 20. September 2011

Peter Furrer
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Antwort zu Frage 1: Ja, der Stadtrat hat Kenntnis von diesem Beschäftigungsprogramm.

Antwort zu Frage 2: Das Programm entspricht den Gegebenheiten, Möglichkeiten und Bedürfnissen Liestals. Die Sozialhilfebehörde hat diesbezüglich bereits einen Vertrag abgeschlossen. Das Programm läuft seit anfangs November und aktuell machen beim Programm 5 Personen, vor allem jüngere Leute, mit.

Antwort zu Frage 3: Sozialhilfebehörde und Stadtrat sind davon überzeugt, dass das Programm eine gute Sache ist. Ähnliche Rückmeldungen habe man bereits von den Gemeinden Pratteln und Füllinsdorf erhalten, welche auch mit der beauftragten Firma ABS zufrieden sind. Auch haben sich Bedenken nicht erhärtet, dass Abfall vermehrt liegen bleibt, da man der Meinung sein könnte, dass dieser von den Mitarbeitenden des Programmes aufgenommen wird. Natürlich ist der Einsatz von Sozialhilfebeziehenden beim Beschäftigungsprogramm noch etwas gewöhnungsbedürftig, was bereits eingegangene Mails und Telefonanrufe belegen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten sowie Informationen, wünscht aber die Diskussion.

Er stellt fest, dass die 4. Frage seiner Interpellation noch nicht beantwortet wurde.

Stadtpräsidentin Regula Gysin beantwortet die letzte Frage des Interpellanten damit, dass weitere Einsatzmöglichkeiten beim Projekt „Velostation“ bereits seit längerer Zeit bestehen. Gemäss aktuellem Vernehmlassungsverfahren im Zusammenhang mit der Sozialhilfegesetz-Revision sollen die Gemeinden ab 1. Januar 2013 vollumfänglich die Kosten solcher Beschäftigungsprogramme übernehmen. Aktuell werden diese Kosten von dem Kanton und den Gemeinden je zur Hälfte aufgeteilt. Neu sollen auch sämtliche Sozialhilfebeziehende obligatorisch solche Beschäftigungsprogramme besuchen müssen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Fragen des Interpellanten.

307 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Fragestunde

1. Frage / Jürg Holinger (GL) – Weihnachtsbeleuchtung

Die Stadt stellt der IG den Strom für die Weihnachtsbeleuchtung gratis zur Verfügung, was auch in Ordnung ist. Die Stadt sollte daher aus Kostengründen an einem sparsamen Stromverbrauch interessiert sein. Daher die Fragen:

a) wann wird die stromintensive, alte Beleuchtung ersetzt und ist die Stadt bereit, als Ausgleich für die geringeren Stromkosten etwas an die neue Beleuchtung beizutragen?

b) ist es möglich die Dauer der Weihnachtsbeleuchtung in der Nacht bis 23 Uhr zu beschränken und in der übrigen Zeit die weniger intensive Strassenbeleuchtung einzuschalten?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Erneuerung der Weihnachtsbeleuchtung ist nicht budgetiert. Dem Stadtrat ist die Situation bekannt und der KMU-Vorstand informiert.

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Weihnachtsbeleuchtung im Stedtl brennt an Stelle der Strassenbeleuchtung und wird ab 24.00 bis 6.00 so weit abgeschaltet, dass nur noch jede dritte Birne brennt.

2. Frage / Jürg Holinger (GL) - Einbahnsignal Kanonengasse

Nach der Wiedereröffnung der Kanonengasse wurde das Einbahnsignal, das vorher ungefähr auf der Höhe des Kino Oris stand, bis vor die Rechtskurve, welche zur Rathausstrasse führt, versetzt. Dies hat zur Folge, dass auf der Höhe der Einbahntafel auf engstem Raum ein Wendemanöver verlangt wird, welches unter Berücksichtigung der parkierten Autos eigentlich gar nicht möglich ist. Wie begründet der Stadtrat diese Neuregelung und ist er sich der oben geschilderten Problematik bewusst?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Dem Stadtrat ist die Situation bekannt und die Stadtpolizei wird im Dezember einen Augenschein zusammen mit der Anwohnerschaft vornehmen, um eine Lösung finden zu können.

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Neuregelung ist dadurch entstanden, da man bis zur Rampe des Coop den Gegenverkehr erlauben wollte, da dort auch grössere Fahrzeuge wenden können. Nach Eingang verschiedener Reklamationen muss diese Verkehrsregelung nun überprüft werden.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Grundwasserspiegel

Zurzeit ist der Grundwasserspiegel überall sehr tief. Wie sieht die Lage für Liestal aus? Sind eventuelle Massnahmen geplant?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Grundwasserspiegel ist relativ tief, schwankt aber durch das Jahr hindurch immer zwischen 2 und 3 Metern. Der aktuelle Grundwasserstand erfordert aber noch keine Ergreifung von Massnahmen. Bei genügend Niederschlägen während den kommenden Wintermonaten sollte sich der Wasserspiegel wieder egalisieren.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Häckselmaterial

Die Stadt hatte an verschiedenen Orten, wenn Bäume oder Sträucher gefällt oder geschnitten wurden, Häckselmaterial zum Gebrauch für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, d.h. man konnte sich für den privaten Gebrauch bedienen. Gibt es keine solchen Orte mehr? Wenn nein, kann darüber im Liestal aktuell informiert werden?

Stadträtin Marion Schafroth: Seit Jahren wird überschüssiges Häckselmaterial auf dem Heidenlochparkplatz deponiert. Da aber nur beschränkte Mengen vorhanden sind, machen Werbeaktionen für den Häckselmaterialbezug keinen Sinn.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Scientology

Am vergangenen Samstag stand schon wieder das schwarze Zelt von Scientology im Stedtli. Ihre Aufschrift: Psychiatrie zerstört Menschleben. Wie wird seitens der Stadt sichergestellt, dass sich hier Scientology präsentiert und sich auch als diese Organisation ausgibt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Es gibt tatsächlich verschiedene Organisationen, die von Scientologymitgliedern geführt werden. Diese treten unter verschiedenen Namen auf. Es ist nicht immer einfach, zu erkennen, wo Scientology dahinter steckt. Die Stadt versucht, auch die Scientology und die ihr nahe stehenden Organisationen an der Rathausstrasse an verschiedenen Daten und Orten zu stellen. Laut der Verordnung für die kurzzeitige Benützung von Almendareal werden pro Jahr maximal vier Termine für eine Organisation bewilligt. Diese Regelung gilt auch, wenn das Gesuch unter verschiedenen Namen eingereicht wird, sofern das gesuchstellende Rechtssubjekt als dasselbe erkannt wird. Die Scientology-Glaubensgemeinschaft hat in diesem Jahr die erlaubten vier Bewilligungen erhalten. Zwei davon unter dem Namen Bürgerkommission für Menschenrechte am 17. September und am 19. November 2011 und unter dem Namen Scientology Basel am 14. Mai sowie am kommenden Samstag, 26. November 2011.

6. Frage / Hans Rudolf Schaфроth (SVP) – Velokurier

Der Hauslieferdienst mittels Velokurier ist im Grunde bestimmt eine gute Sache, aber leider fällt mindestens einer dieser Velokuriere negativ auf, welcher sich mit seinem Velo-Anhänger-Gefährt rüpelhaft gegenüber Besuchern im Stedtli verhält, indem er sich mit hoher Geschwindigkeit durch die im Stedtli einkaufenden Personen drängt und dieselben auch noch schwer beschimpft, wenn ihm nicht gleich Platz gemacht wird. Frage: Ist der Stadtrat bereit, gegen solch geschäfts- und auch imageschädigendes Gebaren entsprechende Massnahmen zu ergreifen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Sie wäre froh gewesen, wenn man diesbezüglich direkt auf der Verwaltung vorgesprochen hätte. Selbstverständlich wird man der Sache nachgehen und gegebenenfalls entsprechende Massnahmen ergreifen. Mit der Velostation wurde auch abgemacht, dass sich die Velokuriere höflich und korrekt verhalten.

Stadtrat Lukas Ott: Ergänzend möchte er an dieser Stelle darüber informieren, dass von den Klienten dank der Velostation rund 60 % wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Aktuell sind 18 Personen in der Velostation beschäftigt.

7. Frage / Matthias Zimmermann (SP) – Spielplatz Brunnmatt

Vor kurzem erhielten wir Einwohnerräte ein Schreiben mit der Bitte, den Spielplatz Brunnmatt persönlich finanziell zu unterstützen. Hat der Bereich Betriebe weitere Privatisierungspläne von öffentlichen Aufgaben?

Stadträtin Marion Schafroth: Selbstverständlich sollen die Spielplätze nicht privatisiert werden. Eine Elterngruppe hatte zusammen mit der Stadt die Sammelaktion lanciert, um nebst dem stadt eigenen Beitrag von CHF 30'000.— noch die restlichen Projektkosten von CHF 50'000.— decken zu können.

8. Frage / Matthias Zimmermann (SP) – Winterdienst

Im Liestal aktuell wurde unter dem Titel „Bereit für den Winterdienst“ eine Reihe von Gehwegen publiziert, auf denen kein Winterdienst durchgeführt wird. Warum wird ausgerechnet auf Kosten der Fussgänger gespart?

Stadträtin Marion Schafroth: Natürlich soll nicht auf Kosten der Fussgänger beim Winterdienst gespart werden. Das Winterdienstkonzept ist im Jahre 2006 dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht und auch publiziert worden. Die erwähnten Gehwege sind für eine Bewirtschaftung im Winterdienst zu wenig frequentiert. Mit der Publikation wird die Pflicht wahrgenommen, die Bevölkerung proaktiv auf ein vernünftiges Verhalten auf den Strassen während der Winterzeit, hinzuweisen. Diese Publikationen erfolgen auch aus rechtlichen Gründen.

9. Frage / Matthias Zimmermann (SP) – Freiwilligenarbeit

Im Jahr der Freiwilligenarbeit wurde auf allen Ebenen immer wieder auf die Unentbehrlichkeit des politischen Engagements auf lokaler Ebene hingewiesen. Warum gehen in der Stadt Liestal für Freiwilligen-Apéros und für andere Dankesanstöße zur Freiwilligenarbeit keine Einladungen an die örtliche Politik? Kümern sich politische Parteien in Liestal nicht um das öffentliche Wohl?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Seit Jahren werden in Liestal am Tag der Freiwilligenarbeit vom 5. Dezember Personen aus Liestal geehrt, welche sich überdurchschnittlich in Liestal engagieren. Es wurden bis anhin keine Vorstände und Parteien, sondern gezielt nur Einzelpersonen eingeladen. Man könnte sich natürlich durchaus überlegen, ob künftig nicht auch Personen einzuladen sind, welche sich in unserem Milizsystem politisch engagieren.

10. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) – Abfallentsorgung, Anton Saxer AG

Im Langhag-Quartier wurden Fahrzeuge der Anton Saxer AG bei der Abfallentsorgung verschiedentlich beobachtet, wie sie mit überhöhter Geschwindigkeit in der Tempo 30-Zone Kleinkinder, Schülerinnen und Schüler und andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Nur dank grossem Glück ist bisher nichts geschehen. Anrufe von Quartierbewohnern bei der Stadtverwaltung haben bisher keine Wirkung gezeigt. Steht den Chauffeuren ausreichend Zeit für ihre Touren zur Verfügung? Was gedenkt der Stadtrat zu tun, damit die Chauffeure der Anton Saxer AG die Verkehrsvorschriften inskünftig einhalten?

Stadträtin Marion Schafroth: Bei der Stadtverwaltung bzw. bei den Betrieben sind bis jetzt keine Meldungen eingegangen. Selbstverständlich würden solche an die Firma Saxer AG weitergeleitet, denn auch die Chauffeure der Abfallentsorgung müssen die Verkehrsregeln einhalten. Die Firma Saxer AG stellt ihren Angestellten genügend Zeit für die Touren zur Verfügung. Wenn die Angestellten der beauftragten Firma schneller arbeiten, so können diese früher Feierabend machen, weshalb die Problematik nicht bei den Betriebsverhältnissen bzw. der Firma Anton Saxer als Arbeitgeberin liegen dürfte.

11. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) – Fenstererneuerung Rest. Kanonenkugel

In einem Leserbrief wurde in der Basellandschaftlichen Zeitung beanstandet, dass im Restaurant Kanonenkugel die Fenster nicht durch neue mit identischem Aussehen ersetzt werden dürfen. Frage: Warum muss ein anderer Fenstertyp verwendet werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Gemäss reglementarischen Bestimmungen sind in der Altstadt bzw. bei denkmalgeschützten Liegenschaften auch Baugesuche beim Austausch und Einbau von Fenstern einzureichen, was auch beim Rest. Kanonenkugel der Fall ist. In letzter Zeit wurde in einigen Fällen kein Baugesuch eingereicht. Beim ersten Fall müssen die Fenster nun ausgetauscht werden. Im anderen Fall konnte noch rechtzeitig interveniert, die Unterhaltsmehrkosten für die halbe Lebensdauer der neuen Holz-Fenster werden von einer dafür bestimmten Kasse übernommen. Betreffend den neuen Fenstern beim Rest. Kanonenkugel hatte das Stadtbauamt 3 Gespräche mit dem Eigentümer geführt und mit diesem Alternativen und Lösungsvarianten besprochen. Seit fünf Jahren ist bei der betreffenden Liegenschaft zudem ein Baugesuchsverfahren hängig. Bauverzögerungen werden halt oftmals auch von Eigentümern sowie Bauherrschaften verursacht und können nicht immer der Stadt angelastet werden.

12. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) – Spielplatz Brunnmatt

Die Stadt Liestal plant zusammen mit der Bevölkerung die Erneuerung des Spielplatzes Brunnmatt, welcher in der WG-Zone liegt. Im angrenzenden Grundstück der Bürgergemeinde Liestal ist eine Überbauung angedacht, welche auch einen Anteil des Spielplatzes einnehmen soll. Frage: Wie gross ist die Fläche, die von der Bürgergemeinde von der Einwohnergemeinde für ihre Überbauung übernehmen möchte?

Stadtrat Ruedi Riesen: Das Projekt der Bürgergemeinde liegt auf ihrer Parzelle und tangiert den heutigen Spielplatz auf der Parzelle der Einwohnergemeinde nicht. Für die Überbauung wurde bereits ein Quartierplanverfahren eingeleitet.

13. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Kindergärten Radacker, Wohnung

In den drei Kindergärten im Radacker befinden sich Wohnungen, von denen eine 5-Zimmer-Wohnung schon einige Monate leer steht. Warum? Wäre das nicht eine gute Möglichkeit, diese einer Familie mit Kindern zu vermieten?

Stadtrat Ruedi Riesen: Bis zum Vorliegen der Schulraumplanung-Resultate sollen die Wohnungen nicht vermietet werden. Noch im ersten Quartal 2012 wird der Stadtrat mit einer entsprechenden Vorlage in den Einwohnerrat kommen.

14. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Strassenbeleuchtung Kesselweg

Der Kesselweg 41 bis 45 ist nachts schlecht beleuchtet. Könnten die Strassenlampen allenfalls anders eingestellt werden, damit der Nachhauseweg an dieser Stelle nicht so dunkel ist?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die alten Strassenlampen werden ins Ersatzprogramm 2012 aufgenommen.

15. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Veloparkplatz bei Post/Velostation

Der freie Veloparkplatz neben der Velostation bei der Post befindet sich zeitweise in einem chaotischen Zustand. Was sieht die Stadt vor, damit diese Situation verbessert werden kann?

Stadtrat Ruedi Riesen: Das Problem ist erkannt, doch einfache und günstige Lösungen sind nicht bekannt. Zurzeit laufen Abklärungen zwischen dem Stadtbauamt mit der Velostation und den SBB, damit das Velo-Parking mit einem Gesamtkonzept beim Bahnhofareal verbessert werden kann.

16. Frage / Elisabeth Augstburger (EVP/EVP/GLP) – Bushaltestelle, Fraumattschulhaus

Beim Schulhaus Fraumatt wurde der Parkplatz in den letzten Wochen fertiggestellt. Bekannt ist, dass dort die Bushaltestelle in Richtung Füllinsdorf verschoben werden muss. Die Busbenutzer werden dann nicht mehr bei der Ampel über die Strasse laufen, sondern bei der weiter unten liegenden Bushaltestelle. Was sieht der Stadtrat vor, damit die Sicherheit gewährleistet wird (Fussgängerstreifen oder eine 2. Ampel, welche mit der Ampel beim Schulhaus verknüpft wird, analog Oristalstrasse)?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Bushaltestelle wird nicht verschoben und es muss sich um ein Gerücht handeln. Die Bushaltestelle bleibt so wie sie ist.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann